



Frau Bildungsministerin
Mag.^a Dr.ⁱⁿ Iris Rauskala
Minoritenplatz 5
1010 Wien

Sehr geehrte Frau Bundesministerin!

wir sind uns dessen bewusst, dass die derzeitige Bundesregierung die künftige Bundesregierung nicht mit grundlegenden Entscheidungen präjudizieren will.

Da die Bildung der künftigen Regierung jedoch noch mehrere Wochen in Anspruch zu nehmen scheint, ersuchen wir Sie, gegenüber dem Nationalrat tätig zu werden, um eine Verlängerung der Frist zu erreichen, bis zu deren Ende eine politische Entscheidung bezüglich der NOST zu treffen ist. Ohne diese Verlängerung würde ein Schülerjahrgang mit dem Schuljahr 2020/21 in die Oberstufe einsteigen, ohne deren Rahmenbedingungen zu kennen.

Der Bundes-Schulgemeinschaftsausschuss (B-SGA) ersucht deshalb, die gesetzliche Regelung zu verlängern, die die Entscheidung über den Einstieg in oder den Ausstieg aus der NOST der Schulautonomie des jeweiligen Standorts überträgt.

Mit herzlichen Grüßen
für den Bundes-Schulgemeinschaftsausschuss (B-SGA)

Jennifer Uzodike, Bundesschulsprecherin, jennifer.uzodike@schuelerunion.at

Mag. Elisabeth Rosenberger, Präsidentin des Bundesverbandes der Elternvereine an mittleren und höheren Schulen Österreichs, e.rosenberger@bundeselternverband.at

Mag. Roland Gangl, Vorsitzender der BMHS-Gewerkschaft in der GÖD, roland.gangl@goed.at

Mag. Herbert Weiß, Vorsitzender der AHS-Gewerkschaft in der GÖD, herbert.weiss@my.goed.at

Wien, am 5. Dezember 2019

ergeht auch an:

- die Klubobleute der im Nationalrat vertretenen Parteien
- das Verhandlungsteam des Bildungsprogramms